

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 29. März.

Am Bundesratstisch: Dr. Helfferich, Graf Koeborn.

Präsident **Dr. Kaempf** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Der Notetat.

Die Vorlage ermöglicht den Reichskanzler, für die Monate April bis Juni die laufenden Ausgaben des Reiches weiterzuleisten.

Abg. **Vernstein** (Soz. U.-G.) begründet die ablehnende Haltung seiner Fraktion. Der Reichskanzler hat durch sein Verhalten das Mißtrauen gegen seine Politik noch vergrößert. Zu der großen Zahl unserer Feinde ist noch Amerika hinzugezogen, und in den noch neutralen Ländern ist Mißstimmung gegen uns entstanden. Mit der Ablehnung des Notetats leisten wir dem deutschen Volke den größten Dienst, indem wir den Völkern da draußen zeigen, daß in Deutschland wenigstens eine Partei lebt, die den Militarismus bekämpft. Wir lehnen auch im Hinblick auf die jetzigen Vorgänge in Rußland die Vorlage ab; sonst würden wir uns unserer russischen Genossen unwürdig zeigen. Die Ablehnung ist ein Gruß an alle Sozialdemokraten in allen Ländern, welche an der internationalen Politik des Proletariats festhalten.

Die Vorlage wird in allen drei Lesungen gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen angenommen.

Die dritte Lesung der Steueretze.

Eingegangen ist ein Antrag **Gothein-Gröber-Bist-Ebert-Schiele**, wonach Steuerfreiheit bei Güterbeförderung durch Straßenbahnen für die Fälle bestimmt wird, in denen die Straßenbahn an die Stelle des Rollfuhrunternehmers tritt.

Abg. **Reil** (Soz.): Das Gesetz über die Erhebung eines Zuschlags zur Kriegsteuer entspricht nicht unseren Wünschen. Wir bedauern die Ablehnung unserer auf Erhöhung des Zuschlags gerichteten Anträge. Ein größeres Opfer von dem erhaltenen oder vermehrten Reichtum wäre angebracht gewesen. Trotzdem stimmen wir diesem Gesetz zu. Die Besteuerung der Kohle und des Personen- und Güterverkehrs ist eine höchst ungerechte Belastung der minderbemittelten und besonders notleidenden breiten Schichten des Volkes und nimmt keine Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Steuerzahler. Sie führt zur weiteren Steigerung der ohnedies gewaltig gestiegenen Preise aller Bedarfsgegenstände, hemmt die Umstellung des Wirtschaftsprozesses auf die Bedürfnisse der Friedenswirtschaft und schwächt die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Arbeit auf dem Weltmarkt. Der Beschluß über die Verbilligung der Hausbrandkohle für Inhaber von Kleinwohnungen durch gemeindliche Versorgung wird den breiten Massen nicht zugute kommen. Dazu wäre eine Umänderung der ganzen Steuer erforderlich. Die Verkehrssteuer trägt zur weiteren Belastung des Hausbrands bei.

Wir haben uns bereit erklärt, an der Ausbringung der durch den Krieg verursachten großen Ausgaben gewissenhaft mitzuarbeiten, betrachten es aber als eine Ehrenpflicht der Besitzenden, von ihrer in der Kriegszeit geschaffenen Reichtümern zu opfern. Unsere Vorschläge und Anregungen sind nicht gebührend gewürdigt worden. Das muß zu einer Schwächung der moralischen Kräfte unserer Volksgemeinschaft führen. Durch die Ablehnung der Verkehrs- und Kohlensteuer bringen wir zum Ausdruck, daß wir eine solche die Volksinteressen gefährdende Politik nicht verantworten wollen.

Abg. **Henke** (Soz. Arb.): Wir lehnen die Verkehrs- und Kohlensteuer ab, weil sie eine ungeheure Belastung des arbeitenden Volkes bringt. Die Annahme des Kohlensteuergesetzes ist nicht nur ein politischer Fehler, sondern ein Verbrechen am Volk.

Präsident **Dr. Kaempf** ruft den Redner zur Ordnung.

Darauf werden die einzelnen Steuervorlagen der Reihe nach erledigt. Das Kriegsteuergesetz wird ohne Aussprache angenommen, ebenso das Sicherungsgesetz.

Die Verkehrssteuer.

Bei der Verkehrssteuervorlage wird die gestern im Sammelsprung mit einer Stimme Mehrheit auf Antrag des Abg. **Mumm** (D. Fr.) beschlossene Freilassung der Fahrkarten bis 35 Pf. in namentlicher Abstimmung mit 159 gegen 142 Stimmen bei 17 Enthaltungen gestrichen. Der Streichungsantrag, der von zahlreichen Abgeordneten aller bürgerlichen Parteien unterzeichnet ist, trägt als erste Unterschrift die des Abg. **Dr. Arendt**, des Fraktionskollegen **Mumms**.

Der Antrag **Gothein** (Bpt.), der von Vertretern aller Parteien unterzeichnet ist, wird angenommen. Das Gesetz wird gegen die beiden sozialistischen Fraktionen verabschiedet.

Die Kohlensteuer.

Ein sozialdemokratischer Antrag will, daß das Reich denjenigen Gemeinden, die den Inhabern von Kleinwohnungen billige Hausbrandkohle beschaffen, nicht — wie die Fassung zweiter Lesung sagt — die halbe, sondern die ganze hierauf bezahlte Kohlensteuer zurückvergüten soll.

Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 181 gegen 136 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Abg. **Waldftein** (Bpt.) — zur Geschäftsordnung —: Eine Anzahl Mitglieder hat die Fragestellung mißverstanden und falsch abgestimmt.

Vizepräsident **Paasche**: Das ist bedauerlich, aber die Fragestellung war klar. (Zustimmung.)

Das Kohlensteuergesetz wird gegen die beiden sozialistischen Fraktionen und die Polen angenommen. Es verbleibt auch bei der Streichung der Begünstigung für die Braunkohlenbriketts.

Damit sind die Steuervorlagen in dritter Lesung erledigt.